

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telefax: 866 846 ppbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Freimut Duve MdB zur  
deutschlandpolitischen Dis-  
kussion: Eine uralte Dame  
namens Deutsche Frage.

Seite 1

Bernd Reuter MdB zur Be-  
deutung des Alkem-Urteils  
für Herrn Weimar: Das Aus  
für den hessischen Atommi-  
nister.

Seite 3

Karsten D. Voigt MdB zur  
Entwicklung bei den ungaris-  
chen Sozialdemokraten:  
Streben nach Konsens.

Seite 4

### Dokumentation:

Heinz Galinski, Direkto-  
riumsvorsitzender des Zen-  
tralrats der Juden in Deutsch-  
land und Vorsitzender der Jü-  
dischen Gemeinde zu Berlin,  
hielt am 8. November in Ber-  
lin eine Ansprache zum 51.  
Jahrestag der Reichspogrom-  
nacht, aus der wir Auszüge  
dokumentieren.

Seite 5

44. Jahrgang / 216

9. November 1989

Eine uralte Dame namens Deutsche Frage

Einige Anmerkungen zur deutschlandpolitischen Diskussion

Von Freimut Duve MdB

Friedrich Dürrenmatt nennt sein Theaterstück „Der Besuch der Alten Dame“ eine Tragische Komödie. Das Tragische besteht darin, daß sich tief im Innern der alten Madame nichts geändert hatte, als sie den Tod ihres Jugendgeliebten fordert. Das Komische besteht darin, daß sich die Besuchten im Dorf „Güllen“ durchaus geändert haben, die Besucher dies aber nicht wahrnehmen wollen. Seit einigen Wochen ist sie zurück die uralte Dame mit dem vertrauten Namen „Deutsche Frage“. Über die Rückkehr dieser Dame wird diskutiert, als habe sie sich nicht verändert, als sei sie, jugendfrisch wie zu Rankes, Bismarcks oder Adenauers Zeiten, jetzt in den intellektuellen Salons der Weltpresse aufgetaucht.

Charles Krauthammer warnt im TIME Magazin „The German Question is back“. Die äußerste Rechte der Bundesrepublik jubelt „Sie wählen die Freiheit und wollen die Einheit“. Gemeint sind die rund fünfzigtausend, die in den letzten Wochen zu uns nach Westdeutschland gekommen sind. Aber etwas betreten stellen viele konservative Jubler bei genauerem Zuhören und Hinsehen fest, daß die Menschen, die in der DDR demonstrieren, nicht vom nationalen Einheitsstaat sprechen, das es bei ihnen die Frage nach Reformen, nach Partizipation, nach radikaler Veränderung in der DDR gibt, aber keine deutsche Frage. Die Bürger der DDR sprechen vom Bankrott der SED-Führung, aber sie sprechen nicht vom Zusammenfall der DDR.

Nicht nur die letzten vierzig Jahre haben wir Deutsche in Mitteleuropa im Bewußtsein einer historischen und kulturellen Zusammengehörigkeit gelebt, und zugleich die von der Geschichte erzwungene Zweistaatlichkeit mehr und mehr akzeptiert. Wir wissen: Eine Einheit der Deutschen im Nationalstaat, der vergleichbar wäre der kompakten Republique Francaise wird es nie wieder geben.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
with vegetable inks  
Recycling Paper



Elf Jahre vor dem Jahrtausendabitus sieht die Welt anders aus als 1945. Fünfundvierzig Jahre nach Kriegsende hat sich nicht nur die Welt, es haben sich die Deutschen verändert. Die Deutschen, die in Leipzig und Rostock über ihre Zukunft nachdenken, denken 1989 anders darüber nach als ihre Eltern, die sich damals fragten, ob sie den Rucksack packen sollten oder nicht. Nicht Politik und Staat allein prägen die Zukunft, ebenso Kultur und Gesellschaft. Was anderen Völkern so schwer verständlich ist: Die Deutschen haben sich immer dann auch kulturell zusammengehörigen gefühlt, wenn sie in verschiedenen Staaten lebten.

Meine These: Die öffentliche Kultur, in der sich politisches Bewußtsein bildet, hat sich in den beiden deutschen Staaten seit den fünfziger Jahren drastisch verändert. Heute leben wir Fernsehbürger nicht mehr nur in einem Staat: wir leben alle zugleich in anderen Staaten und Kulturen. Wir alle leben zunehmend in einer Art Collagenkultur. Das gilt inzwischen für die meisten Regionen der Welt, nicht nur für die Deutschen.

Die neuerdings so beliebte Identitätsfrage sieht daran vorbei. Weder wird sich eine vollständig integrierte Welt-Einheitsgesellschaft entwickeln, noch eine Welt der globalen nationalen Ghettos. Natürlich hat Gorbatschow der Nationalitätenfrage Konjunktur verschafft. Aber kennen diejenigen, die die Rückkehr des großen deutschen Nationalstaats derzeit diskutieren wirklich die Deutschen des Jahres 1989? Läßt sich 1989 das von den Russen verborgene nationale Geschichtsbewußtsein der Ukrainer oder Letten wirklich vergleichen mit dem nationalen Bewußtsein der Deutschen?

Die Menschen der DDR haben seit zwanzig Jahren die zweite Fernsehheimat unmittelbar im Wohnzimmer. Die erste Fernsehgeneration ist jetzt auch in Leipzig und Berlin erwachsen: das sind nicht nur Deutsche, das sind Sehnsuchts-Franzosen, Sehnsuchts-Amerikaner, Sehnsuchts-Weltbürger. Natürlich, wie wir alle, in erster Linie Deutsche. Zugleich aber ähnlich über- oder postnational wie die Westeuropäer, in Lyon, in Birmingham oder in Düsseldorf. Heute haben die Deutschen mit diesem erstmaligen Großexperiment einer televisionären Kulturheimat die Chance, die Balance zwischen eigenem und anderem, das nicht mehr als fremd empfunden wird, zu erproben.

Der grüne BRD-Paß, den die Flüchtlinge schwenken, ist der Passe-Partout für die Welt. Nicht die Eintrittskarte in den Veteranen-Verein des deutschen Nationalstaats.

Ihn wird es nicht wieder geben. Und er ist auch nicht Ausdruck unserer Geschichte. Unsere spezifische Modernität - das konstatierte schon Adolf von Knigge vor 200 Jahren - ist die Versöhnung von staatlicher dezentraler Vielgestalt mit der nie zerbrochenen kulturellen Zusammengehörigkeit. Insofern waren beide, Bismarck und Hitler, historische Vergewaltiger der Geschichte der Deutschen in Mitteleuropa.

Ich weiß, Franzosen und Engländer tun sich schwer, uns zu glauben, wenn wir sagen: erst Europa und dann die Überwindung der Teilung. Aber wir haben unsere Geschichtslektion gelernt. Die Mehrheit der Deutschen in der DDR und der BRD wollen nicht zurück in einen Nationalstaat! Im vereinten Europa zusammengehören, das ist unser Ziel. Für diese Entwicklung gibt es viele Gründe und viel Zustimmung, natürlich keine Garantie! Wer populistisch die logische Entwicklung der europäischen Kultur zur europäischen Gesellschaft versperrern möchte, durch die Wiederbeatmung des überholten deutschen Nationalstaats, der hat dafür aber keine große Chance.

Unter den Deutschen gibt es natürlich manche, die kritiklos nach hinten in die Vergangenheit gucken. Aber die Mehrheit sieht da andere Dinge. Die selbstverschuldete Zerstörung der Demokratie 1933, die selbst herbeigeführte nationale Katastrophe 1945. Die Neo-Nationalisten werden es nicht leicht haben mit der Restauration des Nationalstaats. Ein Stoßgebet an unsere Freunde in Frankreich, Italien und Großbritannien: Guckt euch im eigenen Land um: Seid ihr, sind eure Menschen 1989 nicht auch fundamental anders als 1945? Sind wir nicht alle schon heute zu einem Gutteil Europäer, trotz Le Pen?

(-/9.11.1989/vo-he/rs)

(Dieser Beitrag erschien kürzlich in „Le Monde“)

\* \* \*

Das Aus für den hessischen Atomminister

Zur Bedeutung des Alkem-Urteils für Herrn Weimar

Von Bernd Reuter MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Atomskandal-Untersuchungsausschuß des Bundestages

Seit seiner Vereidigung als Umweltminister des Landes Hessen im April 1987 wurde der CDU-Politiker Karlheinz Weimar nicht müde zu erzählen, daß er mit den Genehmigungsverfahren für die Hanauer Atombetriebe eine „Altlast“ aus der Verantwortung der früher dafür zuständigen Wirtschaftsminister übernommen habe. Die gehörten bis 1982 zwar allesamt dem CDU-Koalitionspartner FDP an und ließen die Verfahren treiben; doch Weimar wollte sich mit dem Hinweis auf die Vergangenheit aus seiner eigenen Verantwortung herausdrücken, die er nach der Hessischen Verfassung wahrzunehmen hat.

Mit dem ALKEM-Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs ist dem noch amtierenden Umweltminister dieser billige Weg der Schuldzuweisung verbaut: Hessens oberste Verwaltungsrichter haben nicht über „Altlasten“ der Weimar-Vorgänger gerichtet sondern über Weimars höchstpersönlich 1988 getroffene Entscheidung, die Brennelementproduktion bei ALKEM durch atomrechtliche Teilgenehmigungen zu legalisieren. Diese Teilgenehmigungen wurden als offensichtlich rechtswidrig verworfen.

Das Kasseler Urteil ist nicht nur politisch eine schallende Ohrfeige für den von einem Fettnäpfchen ins andere tretenden Umweltminister. Möglicherweise hat er sich mit seinen abenteuerlichen Konstruktionen sogar strafbar gemacht. Schon 1988 sah sich Weimar mit staatsanwaltlichen Prüfungen konfrontiert, ob er nicht als oberster Atomaufsicht des Landes Hessen den Straftatbestand des illegalen Betriebs einer atomaren Anlage durch passives Zuwarten erfüllt. Doch damals konnte er sich noch auf Gutgläubigkeit berufen. Die Drohung des Strafparagraphen setzte den Minister aber unter Handlungsdruck, und trotz massiver Warnungen von Juristen aus der Staatskanzlei und dem Justizministerium erließ er die jetzt aufgehobenen Teilgenehmigungen.

Damals verpaßte Weimar die letzte Chance, einen politisch und juristisch sauberen Weg im Genehmigungsverfahren der Hanauer Betriebe zu gehen. Er hatte dann allerdings die Produktion so lange stilllegen müssen, bis im geordneten Verfahren des Atomgesetzes neue rechtskräftige Bescheide ergangen waren, entweder zugunsten oder zulasten der Betriebe und unter Wahrung aller gerichtlichen Nachprüfungsmöglichkeiten. Diese Konsequenz scheute der CDU-Minister aber wie der Teufel das Weihwasser, und so griff er zum juristischen Taschenspielertrick von Teilgenehmigungen und erließ auch noch den Sofortvollzug für sein rechtswidriges Handeln - ein fast einmaliger Fall von Machtmißbrauch im sensiblen Bereich atomarer Genehmigungsverfahren.

Die Entscheidung des Kasseler Gerichts ist ein klares Aus für die Atompolitik des CDU-Ministers. Wer offensichtlich rechtswidrige Verwaltungsakte erläßt, um sich vor der gebotenen Stilllegung von Atombetrieben herumzudrücken, der ist als Minister nicht länger tragbar. Weimar kann für die von ihm getroffene Entscheidung die Verantwortung auf niemanden verlagern - höchstens auf seinen eigenen Ministerpräsidenten Wallmanin und auf den aufsichtsführenden Bundes-Atomminister Töpfer. Er sollte schleunigst die Konsequenzen aus seinem Handeln ziehen, und die können nur lauten: Rücktritt als Hessischer Umweltminister. Laviert er weiter herum, so kann es ihm passieren, daß er seinen Ministersessel doch noch mit der Anklagebank vertauschen muß. (—/9.11.1989/rs/fr)

\* \* \*

Streben nach Konsens

Zur Entwicklung bei den ungarischen Sozialdemokraten

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages

In Budapest versammelten sich am Wochenende ungefähr 600 Delegierte der wiedergegründeten Sozialdemokratischen Partei Ungarns zu ihrem ersten Parteitag nach 40 Jahren der Illegalität. Am Beginn erklärte der Parteitag einmütig den 36. und 37. Parteitag der ungarischen Sozialdemokraten für ungültig, weil auf diesen beiden Parteitagen unter dem Druck der Kommunisten eine unfreiwillige Vereinigung mit den Kommunisten vorbereitet worden sei. Damit wurde dieser erste Parteitag nach der Neugründung gleichzeitig zum 36. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns.

Dem Parteitag waren in den vergangenen Wochen und Monaten zum Teil auch öffentlich ausgetragene Meinungsunterschiede über den künftigen Kurs der jungen und zugleich traditionsreichen Partei vorausgegangen. Derartige Meinungsunterschiede sind unvermeidbare Begleiterscheinungen einer relativ kurzen Periode der programmatischen und organisatorischen Orientierung, denn die Gründung der SPU war erst Anfang 1989 von wenigen Mitgliedern eingeleitet worden. Inzwischen ist die SPU auf circa 10.000 Mitglieder angewachsen.

Auf dem Parteitag überwog das Streben nach Konsens. Mit breiter Mehrheit wählte der Parteitag die junge Ökonomin Dr. Anna Petrasovits zur neuen Vorsitzenden der SPU. Daran änderte auch der Versuch Dr. Ruttners nichts durch den Auszug von anfangs circa zehn Prozent und schließlich weniger als fünf Prozent der Delegierten öffentlich den Eindruck der Spaltung der SPU zu erwecken. Die politischen Auffassungen Dr. Ruttners sind ein legitimer Bestandteil einer jeden sozialdemokratischen Partei. Sein persönliches Verhalten vor und während des Parteitages führte dann allerdings dazu, daß auch viele der politischen Sympathisanten Dr. Ruttners im Gegensatz zu ihm in der SPU blickten.

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns will ab sofort in Übereinstimmung mit der Sozialdemokratischen Partei im Exil ihre Mitgliedsrechte in der Sozialistischen Internationale wahrnehmen. Diese Mitgliedsrechte der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in der SI werden von keiner Mitgliederpartei der Sozialistischen Internationale bestritten. Die aus der USAP hervorgegangene neugegründete Sozialistische Partei Ungarns will ebenfalls Mitglied der Sozialistischen Internationale werden. Über diesen Antrag wird aufgrund der Statuten der SI erst deren nächster Kongreß im Jahre 1992 entscheiden können. Bis dahin wird die SPD ebenso wie andere Mitgliederparteien der SI den bereits begonnenen Dialog auch mit der Sozialistischen Partei Ungarns fortsetzen. (—/9.11.1989/rs/fr)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

---

### Vor allem eine Nacht des Schweigens

---

Heinz Galinski, Direktoriumsvorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, hielt am 8. November in Berlin eine Ansprache zum 51. Jahrestag der Reichspogromnacht, aus der wir Auszüge dokumentieren.

Jedes Jahr kommen wir seit nunmehr über 50 Jahren zusammen, um der Ereignisse einer Nacht zu gedenken, die als der erste Einbruch der unverhüllten und brutalen Barbarei in die Geschichte des „Dritten Reiches“, und damit auch in die Geschichte dieses Landes eingegangen ist.

Die Nacht des 9. November 1938 war eine sehr laute Nacht. Es klirrten die zerstörten Schaufensterscheiben der jüdischen Geschäfte, es prasselten die Flammen der brennenden Synagogen, es schallten die Hilferufe mißhandelter jüdischer Menschen und die Befehle der SA-Kommandos, die genau nach Plan einen spontanen Ausbruch des Volkszorns in Szene setzten. Und doch, trotz dieser schreienden Klangkulisse war diese Nacht vor allen Dingen eine Nacht des Schweigens.

Es war das Schweigen der Mehrheit, das es den Nationalsozialisten ermöglichte, sich unwidersprochen der Entscheidungsmechanismen im Staat zu bemächtigen. Es war das Schweigen der Mehrheit, das die Voraussetzungen dazu schuf, im politischen Leben die Grundregeln der menschlichen Moral außer Kraft zu setzen. Und es war schließlich das Schweigen der Mehrheit, das die verfolgten Minoritäten - allen voran die jüdischen Bürger Deutschlands - in absolute Isolation trieb und somit der Willkür des unmenschlichen Regimes hilflos überließ.

Mit größter Deutlichkeit bringen dies die Worte des Pastors Martin Niemoeller zum Ausdruck:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Es liegt mir fern, die Hauptlast der Verantwortung denen aufbürden zu wollen, die sich nicht durch ihr Tun, sondern nur durch ihr Unterlassen schuldig machten. Die wirkliche Schuld war und bleibt Sache der Täter und ihrer Helfershelfer. Aber die schweigende Mehrheit nahm auf sich ohne es zu wollen, ja ohne es zu wissen, die Mitverantwortung für das Zuschauen oder das Wegschauen,

oder mit anderen Worten ausgedrückt, sie verstand nicht, daß sie sich durch Ihre Passivität die Verantwortung für das eigene Schicksal aus der Hand nehmen ließ.

Verbrechen zu begehen ist zweifellos eine schwerwiegendere Missetat, als Verbrechen zuzulassen. Dennoch: ein Blick zurück auf die Schreckensjahre nach einem Abstand von Jahrzehnten lehrt uns, daß der Aufstieg der Nationalsozialisten zur Macht aufzuhalten gewesen wäre, wenn sich jene, die erst zuletzt die verhängnisvollen Folgen des Regimes zu spüren bekamen, von Anfang an betroffen gefühlt hätten. Zivilcourage, Solidarität und Festhalten an den Grundregeln der menschlichen Moral sind die Eigenschaften, deren Vorhandensein die Katastrophe der 30er und 40er Jahre in diesem Lande hätte verhindern können, deren Vorhandensein in jeder Gesellschaft und immer - die erforderliche rechtzeitige Wachsamkeit vorausgesetzt - schlimme und unheilbringende Entwicklungen verhindern kann.

Und das ist der wahre Grund dafür, daß wir es nicht müde werden, die Erinnerung an jene Jahre wachzuhalten, daß wir es als Hauptleidtragende der damaligen Verfolgungen nicht zulassen, daß die Fehler der Vergangenheit aus purer Blindheit wiederholt werden. Der Satz „wir haben von nichts gewußt“ ist unglaubwürdig genug schon aus dem Mund jener, die damals weggeschaut haben. Ein erneutes Wegschauen mit dem Wissen um die Geschichte des „Dritten Reiches“ und ihre Folgen darf es nicht geben.

Das ist der tiefere Sinn unseres Gedenkens und unseres Erinnerns. Unsere Erinnerung - das ist kein Aufreißen alter Wunden als Selbstzweck, kein Ausdruck der Unversöhnlichkeit oder des Willens zur Rache. Es ist die staatsbürgerliche Verantwortung und die Sorge um die Zukunft, die es uns nicht gestattet, dem furchtbaren Schweigen der Pogromnacht unser eigenes Schweigen heute folgen zu lassen.

Unser Erinnern ist vor allem der Zukunft zugewandt, und richtet sich daher natürlich vor allem an die junge Generation, die schon morgen die Entscheidungen über die Geschicke des Landes treffen wird. Sie, die junge Generation, trifft keine Spur der Verantwortung, geschweige denn der Schuld für die begangenen Verbrechen, und im Zusammenhang damit fehlt ihr auch die Erfahrung, die wir durchmachen mußten. Daher fällt uns die Aufgabe, das Recht und die Verpflichtung zu, im Dienste einer gesicherten Zukunft das Wissen zu verbreiten, das die Herausbildung schweigender Mehrheiten angesichts möglicher neuen gesellschaftlichen Entgleisungen unmöglich machen würde.

Und leider rechtfertigt die aktuelle politische Situation unsere Sorge und unsere Wachsamkeit mehr denn je.

(-/9.11.1989/vo-he/rs)

\* \* \*